

MdEP Ulrike Rodust; MdEP Matthias Groote; MdB Dr. Wilhelm Priesmeier, Minister Dr. Till Backhaus Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Honé Niedersachsen, MdL Maria Noichl Bayern, MdL Heinz Lotz Hessen; MdL Thorsten Wehner Rheinland-Pfalz; MdHB Andrea Rugbarth Hamburg; MdL Eleonore Mühlenbauer Thüringen; MdL Andrea Schröder-Ehlers Niedersachsen; MdL Kirsten Eickhoff-Weber Schleswig-Holstein; MdL Liane Deicke Sachsen; MdL Thomas Krüger Mecklenburg-Vorpommern; MdL Frank Sundermann Nordrhein-Westfalen; MdBB Wolfgang Jägers Bremen; MdL Magnus Jung Saarland

Soziale Politik für unsere ländlichen Räume!

Bundesregierung blockiert die Reform der Europäischen Agrarpolitik und betreibt rückwärtsgewandte Klientelpolitik

Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde die Agrarreform von 2003 in Deutschland mit ihren Kernelementen der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion, der Verknüpfung von Standards im Umwelt- und Tierschutz sowie der Lebens- und Futtermittelsicherheit mit den Zahlungen an die Landwirte und der stärkeren, eigenständigen Förderung der ländlichen Räume erfolgreich umgesetzt. Die von der damaligen Opposition und Teilen des Berufsstandes dagegen vorgetragene heftige Kritik hat sich sehr schnell in Luft aufgelöst. Mehr unternehmerische Freiheit und gleichzeitig mehr Verantwortung für gesellschaftliche Herausforderungen haben den Landwirten insgesamt gut getan. Seit 2005 herrscht jedoch agrarpolitischer Stillstand in Deutschland.

In den nächsten Tagen wird entschieden, wie sich mit der EU-Agrarpolitik die größte Wirtschaftsförderung der EU weiter entwickelt. 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes fließen in den Agrarsektor, im laufenden Jahr 60 Milliarden Euro. Trotz Einsparungen im Europäischen Haushalt sollen es 2014 bis 2020 jährlich noch immer rund 38 Prozent der Gesamtausgaben sein. Vernünftig geht es dabei seit langem nicht mehr zu. Deshalb hatte die EU-Kommission im Oktober 2011 einen Vorschlag vorgelegt, wie die Mittel der Steuerzahler gerechter und besser eingesetzt werden sollen: „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Wir begrüßen diese Neuorientierung ausdrücklich. Es bedarf jedoch keiner neuen Etikettierung der Direktzahlungen, sondern vielmehr einer konsistenten Politik. Mit den knapper werdenden europäischen Steuergeldern muss es gelingen, die Lebensfähigkeit der ländlichen Räume und die Lebensqualität für die Menschen, die dort wohnen und arbeiten, zu sichern. Die Landwirte sollen angemessen für Leistungen entgolten werden, die sie im Umwelt-, Klima- und Naturschutz erbringen und mit denen sie bessere Haltungsverhältnisse für ihre Tiere gewährleisten.

Aus Sicht der SPD ist diese Reform mit dem Kernstück, der Ökologisierung von Direktzahlungen (Greening) ohnehin nur ein erster Schritt, um den gewaltigen Anforderungen, vor denen Landwirtschaft und ländliche Räume in Europa stehen, gerecht werden zu können. Unter anderem muss neben dem Greening das Prinzip des „animal welfare“ mit den Direktzahlungen verknüpft werden. Aber nicht einmal das bisherige Greening will diese Bundesregierung. Sie übt sich in verbaler Aufgeschlossenheit und betreibt reale Blockadepolitik im Sinne der Agrarlobby. Die bisherige Subventionspraxis soll möglichst schon beim EU-Gipfel in dieser Woche festgezurrt werden – und bis zum Ende des Jahrzehnts halten!

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich auf allen Ebenen – vor Ort, auf Landes- und Bundesebene und im EU-Parlament – dafür, dass die ländlichen Räume lebenswerte Regionen bleiben, in denen Menschen auch zukünftig Arbeit und Bildung haben.

Wir wollen:

- die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit das Geld der Steuerzahler auch für alle Gruppen in der Gesellschaft wirksam wird,
- mehr Jobs auf dem Land schaffen,
- die sozialen Bedingungen verbessern und die Dörfer lebendig erhalten,
- den Zugang zu Bildung, zu Gesundheit, zu Kultur und zu Informationen stärken,
- die Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft weiter deutlich reduzieren und attraktive Natur- und Kulturlandschaften erhalten.

Wettbewerbsfähige, vielfältig strukturierte und nachhaltig wirtschaftende Betriebe bleiben wesentliches Rückgrat ländlicher Entwicklung in Deutschland. Sie prägen in ihrer Vielfalt das Bild unserer Dörfer. Für die SPD ist nicht in erster Linie die Größe eines Betriebes maßgeblich, sondern die Art des Wirtschaftens, die Qualität der Produkte im Sinne einer Prozessqualität, die auch die Aspekte des Natur-, Umwelt, und Tierschutzes umfasst und die Verantwortung, die die Landwirte für ihre Region und für nachfolgende Generationen übernehmen.

Dazu gehört auch ein Mindestlohn in der Landwirtschaft, vergleichbar mit dem Baugewerbe. Menschen müssen von der Arbeit in der Landwirtschaft auch auskömmlich leben können, damit sie nicht weiter in die urbanen Zentren abwandern. Wir werden entsprechende bundesgesetzliche Regelungen schaffen.

EU-Agrarpolitik gerechter und ökologischer gestalten!

Wir wollen, dass die Reformvorschläge der EU-Kommission im Kern umgesetzt werden. Einen europäischen Flickenteppich der Beliebigkeit lehnen wir ab. Die Unterstützung der Landwirtschaft ist kein Erbhof, sondern muss sich gesellschaftlich rechtfertigen – auch vor dem Hintergrund, dass auch viele andere Bevölkerungsgruppen Härten in Kauf nehmen müssen, um die Europäische Wirtschaftskraft wieder zu stärken. Deshalb ist der Ansatz der EU-Kommission richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden: Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss gebremst, der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln reduziert werden. Und wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokulturen zurückzudrängen. Es kann nicht sein, dass Deutschland internationale Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt unterzeichnet und wenige Monate später erste Ansätze in der Agrarpolitik zu mehr Biodiversität auf ökologischen Vorrangflächen durch die Bundeskanzlerin im Europäischen Rat bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns auf europäischer Ebene, im Bund und in den Ländern dafür ein, dass diese wichtigen Reformelemente der EU-Kommission umgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass die gesetzlichen Standards der Tierhaltung in der Landwirtschaft EU-weit angehoben werden. Im EU-Parlament haben wir den Aufweichungsvorschlägen widersprochen, im Bundestag haben wir uns für die Reformen

eingesetzt und auf Landesebene stellen wir uns – auch über den Bundesrat – gegen den sozial-ökologischen Ausverkauf von Union und FDP.

Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume statt Pauschalsubventionen – Demografischen Wandel gestalten

Es ist eine fatale Fehlentwicklung, dass trotz jahrzehntelanger Milliarden subventionen aus den europäischen Fonds periphere ländliche Räume in Europa wirtschaftsstrukturell immer schwächer werden, sich die Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Menschen in die urbanen Zentren ungebremst fortsetzt und viele Dörfer in ihrer Existenz bedroht sind.

Noch leidet die Gemeinsame Agrarpolitik vor allem an der Unausgewogenheit von erster und zweiter Säule und darüber hinaus an der einseitigen landwirtschaftsbezogenen Ausrichtung der ländlichen Entwicklung. Insgesamt leisten die Direktzahlungen an die Landwirte kaum mehr einen signifikanten Beitrag zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen in den ländlichen Räumen. Sie kommen nicht einmal mehr bei den aktiven Landwirten an, sondern werden vielfach an Bodeneigentümer und Fondsspekulanten durchgereicht. Zum anderen haben sich die Preise an den Weltmärkten seit 2005 nahezu verdoppelt und werden sich stabil weiter entwickeln. Die Landwirte haben somit eine klare wirtschaftliche Perspektive, wenn sie sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel produzieren. Darüber hinaus können und werden viele Betriebe weiterhin von der Produktion alternativer Energien profitieren.

Daraus leitet sich die wichtigste Folgerung für die Zukunft ab: Wir brauchen eine grundlegende Agrarreform, die einen zielgerichteten Einsatz der umfangreichen öffentlichen Mittel für die sinnvollsten Instrumente vorsieht. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie für eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Der demografische Wandel muss als Kernfrage der Zukunft der Dörfer in den Fokus einer sozialverantwortlichen Politik auf dem Lande gerückt werden.

Das ist am besten zu realisieren, wenn die Direktzahlungen schrittweise umgeschichtet werden und ein zielgenauer Ausbau der Maßnahmen in der ländlichen Entwicklung (zweite Säule) stattfindet, die der regionalen Entwicklung tatsächlich übergreifend dienen. Diese grundlegende Neuorientierung wird von der Wissenschaft seit langem zu Recht gefordert.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dabei die Menschen in den Dörfern und deren soziale Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung im Mittelpunkt. Deshalb: Wenn die Mittel für die Landwirtschaft im Rahmen der Haushaltsverhandlungen auf EU-Ebene insgesamt gekürzt werden sollten, was eine Reihe von Mitgliedstaaten fordert, dann darf das nicht dazu führen, dass die zweite Säule geschwächt wird. Vielmehr muss dann bei den Pauschalzahlungen gespart werden.

Das deutsche Wahljahr darf nicht zur Besitzstandswahrung in der EU-Agrarpolitik führen

Wir werden auf allen Ebenen dafür eintreten, dass es im deutschen Wahljahr keine schlechten Deals in der EU-Agrarpolitik gibt. Das Bedienen von Besitzstandsinteressen, wie es von der Bundesregierung verfolgt wird, muss ein Ende haben. Deshalb werden wir im EU-Parlament und im Bundesrat dafür eintreten, die vernünftigen Kommissionsvorschläge zur gerechten

Weiterentwicklung der EU-Agrarförderung durchzusetzen und sie zu einer grundlegenden Reform fortzuführen.

In der nächsten Legislaturperiode des Bundestages werden wir mit den mehrheitlich sozialdemokratisch geführten Bundesländern eine konsequente Umsteuerung der Landwirtschaftsförderung hin zu einer Politik für den ländlichen Raum umsetzen.

Dazu gehört auch eine Grundgesetzänderung, um die bisherigen Gemeinschaftsaufgaben *Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)* sowie *Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)* zu einer neuen *Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung und demografischer Wandel* umzubauen. Es muss in der Bundesregierung auch Schluss sein mit Ressortegoismen. Wir wollen, dass die übergreifende Bedeutung der ländlichen Entwicklung im Ressortzuschnitt einer künftigen Bundesregierung entsprechend berücksichtigt wird. Und wir werden den demografischen Wandel als größte gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahrzehnte in Deutschland zur Chefsache machen.

Zur Umsetzung der Europäischen Agrarbeschlüsse werden wir nationale Spielräume für eine frühzeitige Umwidmung von Agrarmitteln in die ländliche Entwicklung nutzen.

Gutes Leben – Gute Innovationen – Gute Arbeit

Für Union und FDP hört Gerechtigkeit an den Grenzen unserer Städte und Ballungszentren auf. Seit Jahrzehnten kümmern sie sich um die wirtschaftlichen Interessen Weniger und lassen dabei Viele links liegen. Wir werden das ändern. Der ländliche Raum braucht selbstverständlich eine starke, vielfältige und ökonomisch tragfähige Landwirtschaft, die sich den wachsenden gesellschaftlichen Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Natur-, Umwelt- und Tierschutz selbstbewusst stellt. Aber ländliche Entwicklung erschöpft sich darin noch lange nicht. Wir werden dafür sorgen, dass man auch auf dem Lande gut von seiner Arbeit leben kann, dass es ausreichend gute und moderne Arbeitsplätze gibt. Dafür sind die Beteiligung und der Zugang zu Informationen durch eine zeitgemäße digitale Infrastruktur eine wesentliche Grundvoraussetzung, die bezahlbar bereitgestellt werden muss. Ebenso gilt es Mobilität zu sichern, denn vor allem für ältere Menschen und Kinder müssen wir die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleisten. Mobilität ist wichtig, um Daseinsvorsorge, Bildung und Kultur zu ermöglichen.

Verantwortung für gelingende Gestaltungsprozesse macht nicht an Verwaltungs- oder Stadtgrenzen halt. Deshalb ist ein partnerschaftliches Miteinander von Stadt und Land dringender denn je geboten. Dazu gilt es, auf allen Ebenen bewährte und neue Formen der Kooperation zu fördern. Wir wollen die vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Regionen und Städte in Deutschland gezielt unterstützen.

Die SPD steht für Umbau statt Abbau. Wir werden weniger, wir werden älter, wir werden bunter und die Wege werden weiter. Die Entwicklung der ländlichen Räume im Lichte des demografischen Wandels in Deutschland ist deshalb eine politische Gestaltungsaufgabe. Es geht um Chancengerechtigkeit, das Miteinander der Generationen und um die Orientierung, wie die Menschen zukünftig leben, arbeiten und wirtschaften werden.

Die Entwicklung der ländlichen Räume ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit.